

ZUKUNFT SACHSEN-ANHALT



Veröffentlicht am 12. April 2008

Themen: [Beschlüsse](#), [Grundsatz](#), [Programm](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Zukunft](#)

Grundsatzprogramm der Freien Demokratischen Partei

ZUKUNFTSLAND Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt steht für Tradition und Kultur, für Mut und Fortschritt und mutige Reformen. Unser Bundesland ist reich an historischen Persönlichkeiten und Ort vieler Weltkulturerbestätten. Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein Land der Tradition, es ist auch ein Land des Fortschritts gewesen. Bahnbrechende Erfindungen, die die Welt verändert. Für die Kreativität der Sachsen-Anhängerinnen und Anhanger, Grenzen zu geben.

Dort wo unsere Wurzeln sind, da ist auch die Zukunft. Sachsen-Anhalt war das Land der Erfinder und Erfindungen. Dies gilt es neu zu beleben. Die Zukunft Sachsen-Anhalts liegt in der Innovation. Denn die Stärken unseres Landes sind die Kreativität, der Mut und der Tatendrang seiner Menschen. An diesen Werten wollen wir aufbauen.

Jeder Mensch ist anders. Wir unterscheiden uns in der Erziehung, in Fähigkeiten, in Problemen, Zielen und Glücksvorstellungen. Wir streben nach unseren Positionen auf unterschiedlichen Wegen zu unseren Zielen. Die Aufgabe der Politik sehen wir darin, diesen

unterschiedlichen Interessen und Glücksvorstellungen gleichberechtigt und frei die eigene Lebensgestaltung zu schaffen.

Die Liberalen in Sachsen-Anhalt haben eine lange Tradition politischer Verantwortung. Daran wollen wir uns festknüpfen. Immer wenn Liberale Verantwortung übernommen haben, hat das Land und seinen Menschen besser. Das war nach 1945, als wir mit dem Land Sachsen-Anhalt mit dem ersten liberaldemokratischen Ministerpräsidenten Professor Doktor Erhard Hübener, in dessen Tradition wir stehen, nach 1990 so, als es darum ging den Aufbau im vereinten Deutschland zu leisten.

Wir Freien Demokraten stehen für Freiheit, Selbstbestimmtheit statt Bevormundung, für mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung. Wir wollen Chancen- und Lebensgleichheit für jeden.

Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedergründung unseres Landes ist es Zeit in die Zukunft zu schauen: wo soll Sachsen-Anhalt in 15 Jahren stehen? Was liegen die Herausforderungen und welche Lösungen haben wir? Wir Demokraten Sachsen-Anhalt für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen?

Dazu legen wir ein Grundsatzprogramm als Richtschnur vor. Liberalismus ist ein ethischer, sozialer und ökologischer Verantwortungsbegriff.

Wir stehen zu unseren liberalen Werten: Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Diese liberalen Grundwerte sind in Zeiten historischer Umbrüche Kraft zum Handeln. Wir setzen uns für eine bessere Zukunft unseres Heimatlandes ein.

ZUKUNFT bilden

ZUKUNFT: früh bilden

Chancengerechtigkeit gehört zu den Grundzielen liberaler Politik. In einer Wissensgesellschaft ein unbeschränkter Zugang zu Bildung elementar. Das ist dabei in unserem Bundesland und in Deutschland nicht gegeben. In keinem Land ist der Bildungsweg eines Kindes in so hohem Maße von den familiären Verhältnissen abhängig wie in Deutschland. Bildung setzt deshalb auf Bildung aus einem Guss. Bildung muss

im frühkindlichen Bereich und führt über die Schulabschlüsse bis hin zur beruflichen Weiterbildung. Aus diesem Grund muss ein integrierender Ansatz stehen, der zu einer kontinuierlichen Vermittlung von Bildungsinhalten von den Kindergärten bis zu den Hochschulen und Gymnasien führt.

In keiner Entwicklungsphase ist die Verantwortung der Eltern so groß, wie in der frühkindlichen Bildung. Deshalb ist eine hohe Kompetenz und Verantwortung der großen Mehrheit der Eltern erforderlich. Wir wollen zusätzlich sicherstellen, dass auch Kinder, die aus familiären Gründen in beschränktem Umfang den Zugang zu Bildungsinhalten verlieren, ein entsprechendes Angebot erhalten. Bildung in Sachsen-Anhalt nicht vom Elternhaus abhängen.

Dabei orientieren wir uns am tatsächlichen Bedarf der Kinder. Wir haben die Grundlage für ein zukunftsfähiges System der frühkindlichen Bildung geschaffen. Neben den klassischen Einrichtungen der Kindertagesstätten und Kindergärten ist das Modell der Tagesmütter und -väter gut etabliert. In den Kindergärten werden unterstützt. Zusätzlich zum hohen Anspruch der frühkindlichen Bildung wurde das Element der frühkindlichen Bildung wieder in den kommunalen Bereich der elementaren Bildung muss in den kommunalen Bereich der elementaren Bildung entwickelt und auf die modernen Anforderungen angepasst werden. Mit spielerischen, aber zielorientierten, dem Entwicklungsstand der Kinder angemessenen Methoden sollen in der frühkindlichen Bildung das Sprach- und Zahlenverständnis gefördert und die musikalische, kreative, motorische, Musikalität und schöpferische Kreativität der Kinder gefördert werden. Gleichzeitig sind Entwicklungsdefizite möglicherweise zu beheben, wenn möglich aufzuholen. So müssen etwa verbindliche Sprachfördermaßnahmen mit Beginn des 4. Lebensjahres stattfinden, um mögliche Sprachdefizite im Anfang abzubauen. Die Kooperation von Kindertagesstätten und Schule muss noch viel enger ausgebaut werden. Einen Überblick über die aktuellen Untersuchungen zur Sprachentwicklung und zur Einschulung sowie den Zwang zu Vorsorgeuntersuchungen lehnen wir aber ab.

Bei der frühkindlichen Bildung der Kinder wird in Zukunft eine umfangreichere Vorbereitung der Kinder auf die Schule durch die Erzieherinnen und Erzieher notwendig sein. Dazu bedarf es eines hohen fachlichen Niveaus der

Erzieherinnen und Erzieher für eine Fachhochschulausbildung angestrebt. In Kindertagesstätten sollen zukünftig Rahmenrichtlinien Maßstab der Arbeit sein. Die Umsetzung überprüft wird.

ZUKUNFT: lernen

Das Bildungsziel muss die Förderung aller Kinder in Sachsen-Anhalt sein. Dabei müssen Hochbegabte und Leistungsschwache und Benachteiligte gefördert werden. Die Maximalförderung sind die zwei Extremwerte einer ausgewogenen Förderung.

Liberales begreifen Bildung als gemeinsame Aufgabe der Familie, Schule und Gesellschaft, die ohne Kontinuität nicht zu bewältigen ist. Lernen und Fördern als Prinzip wird in den Einrichtungen aller Schulen und in allen Schulen wird nach modernen pädagogischen Prinzipien unterrichtet. Jeder ein positiver Leistungsgedanke vermittelt.

Die Schule muss sich als zentraler Teil der Gesellschaft etablieren. Um die Angebote unterbreiten, dazu muss die personelle Ausstattung unterschiedlichen Erfordernissen angepasst werden. Die Schule als zentraler Teil des kommunalen Kulturnetzwerkes und als wichtige Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die in allen kommunalen Gebieten die Schule zum soziokulturellen Zentrum machen.

Die soziale Begleitung ist Bestandteil aller Schularbeit. Die Verantwortung hierfür ist um die Schule zu bündeln. Die Schulen mit den Trägern der Schulen Zielvereinbarungen abzuschließen. Die Schulen freiwilligen Finanzierungsanteil eröffnen, die Schulen Mitwirkungsrechte und Pflichten festlegen.

Alle Schulen stellen sich in ein transparentes System der Evaluierung. Die Eltern helfen und helfen Eltern und Schulträgern bei der Bewertung der Schulen Bildung zu vermitteln. Die Schulen stehen so in der Reputation. Die Basis bildet ein staatlich bestätigtes Bewertungssystem. Das Eltern hilft, verantwortungsvoll den Bildungsweg ihrer Kinder zu entscheiden. Die Überprüfen sind in angemessenen Zeiträumen den Kindern anzupassen. Der Zugang und der Verbleib im

Bildungssysteme selbstverständlich leistungsabhängig.

Die Schulträger sind unabhängig von der schulischen Bildung, gleichgültig ob staatlich, kommunal, kirchlich, in Vereinigungen oder privat. Hinsichtlich der finanziellen Förderung und der Evaluierung sind alle Schulträger gleich zu behandeln. Die Förderung erfolgt künftig nur noch als Subjektförderung.

Verbunden mit der Subjektförderung staatliche Schulen weitergehende Autonomie, das Schulmanagement entscheidet in eigener Verantwortung über die Verteilung der eingesetzten Budgets und hat Personalhoheit. Der Schulträger entscheidet über die Form. In der Verantwortung des Staates liegt es, ein flächendeckendes, gleichwertiges Angebot entsprechend des Grundgesetzauftrags zu gewährleisten.

Schulleiter tragen die Verantwortung für die pädagogische Qualität und die Entwicklung der Schule, sie sind Dienstvorgesetzte der Lehrkräfte in den Schulen. Die Anstellung des pädagogischen Personals erfolgt durch den Staat. Lehrer werden leistungsgerecht entlohnt, die Tarife werden im öffentlichen staatlichen Bereich gestufte Verantwortungen entsprechen. Die Fortbildung ist für alle im Bildungsbereich Tätigen verpflichtend und wird vom Schulträger. Die Lehrerausbildung wird flexibel, die Ausbildung mit hohem frühzeitigem Praxisanteil wird Staatsprüfung durch eine Universitätsprüfung ersetzt.

Neben der staatlichen Finanzierung der schulischen Bildung im vollen Umfang sicherstellt, ist Schulstruktur. Jede Schule hat jährlich die Finanzierung öffentlich zu machen. Die Etablierung eines finanziell gut ausgestatteten Systems der Bildung für alle Schüler. Im Bereich des erhöhten Förderbedarfs sind zusätzliche Anstrengungen und staatliche Unterstützungen notwendig. Die unterschiedlichen Bedingungen zwischen Stadt und Land sind bei der Bereichsförderung staatlich zu kompensieren. Ländliche Regionen ihre Aufwendungen und andere Normative.

ZUKUNFT

Ein leistungsgerechtes Bildungssystem ist eine wesentliche Voraussetzung für ein wirtschaftlich erfolgreiches und persönlich befriedigendes Berufs- und Arbeitsleben. Dies ist im

Zuge der Globalisierung und des rasanten technischen Fortschritts in der Produktion. Die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist die Ausbildung, die hohe fachliche Qualität mit hoher Flexibilität im Einsatz verbindet.

Die Grundlagen dafür werden in den ausbildenden Schulen gelegt. Wir brauchen ein differenziertes Schulsystem, das hohe Qualität in der Allgemeinbildung kombiniert mit fundierten Kenntnissen in Naturwissenschaften und Sprachen.

Wir bekennen uns zum „dualen System“ der Ausbildung. Aus unserer Sicht sollte eine Weiterentwicklung des „dualen Systems“ in folgenden Bereichen erfolgen:

- Die Profile der Ausbildungsberufe müssen regelmäßig überarbeitet werden – den Anforderungen des Arbeitsmarkts angepasst. Der schnelle Fortschritt und Globalisierung erfordern eine ständige Anpassung der Ausbildungsinhalte und -strukturen, damit junge Menschen fachkenntnis ausgestattet sind, die ihnen den besten Start in eine erfolgreiche Laufbahn und ein späteres Weiterstudium ermöglichen.
- Die Durchlässigkeit zwischen Berufen muss verbessert werden. In den sich ständig wandelnden Anforderungen am Arbeitsmarkt müssen junge Menschen so ausgebildet werden, dass sie flexibel - in neue Aufgaben hineinwachsen können. Dies muss bereits bei der Ausbildung darauf geachtet werden, dass die Absolventen das nötige fachliche Grundwissen und die nötige Flexibilität im Einsatz befähigt.
- Die Motivation zur Meister- und Facharbeiterausbildung muss erhöht werden. Gerade im Bereich des Handwerks und der kleinen und mittleren Fertigung bedarf es einer Führungselite, die das wirtschaftliche und technologische Know-How an künftige Generationen weitergeben kann. Nur so ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Nur so ist ein typisch deutsches – Qualitätstradition in Handwerk und Industrie zu erhalten.

Die Berufsausbildung ist eine der wesentlichen Zukunftsinvestitionen, nicht nur jeder Generation, sondern auch für unsere Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes. Wir gehen von der Grundüberzeugung aus, dass es in der

Verantwortung übernimmt, ihren eigenen Fachkräftenachwuchs primär auch selbst auszubilden, was nicht durch staatlich dirigistische Maßnahmen ersetzt werden kann. Die Politik muss vielmehr durch ihre Gesetzgebung und Begleitmaßnahmen für eine moderne Berufsausbildung schaffen.

Die FDP setzt sich für ein "Lebenslanges Lernen" auf beruflichen Aus-, Weiter- und Fortbildung ein, in dem in zweifacher Hinsicht vermittelte Basisberufe ebenso einen Platz haben, wie die duale Ausbildung. Ein solches System realisiert mit seinem horizontalen und vertikalen Durchlässigkeitsprinzip die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Ausbildung. Es gibt besonders befähigten Jugendlichen die Chance, eine in der dualen Ausbildung adäquate Berufsausbildung mit Spezialisierungsrichtung zu absolvieren. Für die übrigen Ausbildungsgängen zu absolvieren. Lernschwäche oder Scheitern in der grundmodularen Ausbildung eine zweite Chance gegen.

ZUKUNFT: forschen und studieren

Von der Innovationsbereitschaft der Menschen, ihrem Wissen und ihrer Qualifikation hängen Wohlstand, Sicherheit und Zukunft ab. Sachsen-Anhalt und seine Nachbarn sollten sich zu den Chancen und wirtschaftlichen Potentiale besinnen und diese durch die Stärkung ihrer Wirtschaftskraft nutzen. Liberale stehen für die Forschung im Dienst des Menschen.

Eine moderne Forschungspolitik muss die Bedingungen für eine exzellent arbeitende Wissenschaft und Forschung schaffen, die Innovationen schaffen. So trägt sie letzten Endes dazu bei, das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Sachsen-Anhalt muss seine Innovationsförderung noch mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. In hoch entwickelten Industriestandort mit hohen Arbeitskosten kann der Wohlstand nur durch Innovationen in Technologien, Verfahren und Produkte gesichert werden.

Eine klare Innovationsstrategie muss der Wissenschaft und der Wirtschaft Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung ermöglichen.

Sachsen-Anhalt verfügt über Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit beachtlichen Potentialen und Chancen. Daher setzen wir auf vorhandene Stärken. Zur Erreichung einer hohen Erneuerungsrate intensiver Aktivitäten im Bereich der Grundlagenforschung sind außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine gute Ausstattung mit derartigen Einrichtungen aufzuhalten und zu verknüpfen gilt, wobei der Profilierung Vorrang vor der Breite ist. Jegliche politische Einflussnahme auf Themen und Inhalte ist abzulehnen.

Parallel zum Ausbau der staatlichen Forschung ist der Ausbau von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen langfristig kann die Konkurrenzfähigkeit der sachsen-anhaltischen Wirtschaft über Produktinnovationen gesichert werden.

Liberaler lehnen ideologische Festlegungen und Eingriffe in die Forschungsförderung, etwa bei der Kerntechnologie oder Gentechnologie ab.

Die Forschungspolitik wird auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn einerseits der Grundlagenforschung die gebotene Aufmerksamkeit, andererseits aber auch die Implementierung von Forschungserkenntnissen in weitere Forschungen und Entwicklungen gefördert wird. Wir setzen auf Chancen, statt einseitig die Grundlagenforschung zu fördern.

Die Universitäten und Fachhochschulen sollen in den Bereichen die größtmögliche Autonomie. Zwischen Universitäten und Fachhochschulen werden Zielvereinbarungen über die Zusammenarbeit abgeschlossen. Eine wichtige Aufgabe der Hochschulen ist die Qualitätssicherung, hierzu sind geeignete Kontroll-, Steuerungs- und Leistungsbeurteilungssysteme zu entwickeln. Die Bildungsangebote der Hochschulen werden von unabhängigen Instanzen. Die Zulassung der Studienangebote erfolgt auf Grundlage einer ständigen transparenten Evaluierung.

Hochschulen sind Träger der Forschung, eine Verbeamtung im staatlichen Bereich ist nicht notwendig. Wissenschaftliche Leistungen, die an Hochschulen erbracht werden, sind von den Hochschulen zu verwerten. Die

Urheber sind gesetzlich zu beteiligen. Hochschullehrer an staatlichen Hochschulen sind keiner Beschränkung bei Nebentätigkeiten.

In der Hochschule wird der Fokus von der Objekt- auf die Subjektförderung umgestellt. Das Humane steht im Mittelpunkt von freier Lehre und freier Forschung ist Grundlage des öffentlichen Hochschulangebotes. Die Finanzierung erfolgt neben den Mitteln des Landes im Hochschulbereich, durch eine spezielle, wettbewerblich gesteuerte Förderung. Dabei werden alle Träger grundsätzlich gleichgestellt. Die Finanzierung ist ein Mittel zur Finanzierung von Hochschulen. Ein jährlicher Haushaltsplan macht die Finanzierung öffentlich und transparent. Die Hochschulen sehen sich als Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen. Der Hochschulbau ist Aufgabe des Trägers der Hochschule. Die Akkreditierung und Akkreditierung sind durch das Land vorgegebene

Studiengebühren sind ein in Verantwortung der Hochschule. Sie werden sozial dem Studium erhoben. Hochschulen können ein Stipendium aus der Einnahmen aus den Studiengebühren entwickeln. Teil des internationalen Hochschulmarktes. Akademische Ausbildung ist Teil des Angebotskatalogs der Hochschulen.

ZUKUNFT: lebenslang lernen

Sich bilden und weiterbilden endet nicht mit dem Berufsleben, sondern setzt sich gerade dort fort. Heute und in Zukunft wird es immer wichtiger sich weiter zu qualifizieren und das Privatleben.

Im Privaten soll den Bürgern die Möglichkeit der Weiterbildung und anderen Bildungsträgern, die Möglichkeit der Weiterbildung gewährleistet werden. Hierfür gilt es auch in Zukunft die bestehenden Angebote zu unterbreiten. Bildung ist Gemeinwohl. Das Land muss die Kommunen hierbei unterstützen. Die öffentlichen Bildungsträger dem Wettbewerb mit den privaten. Es ist zu beachten, dass Lebenslanges Lernen im privaten Bereich eine Aufgabe bleibt, welche durch Eigeninitiative

Es ist mehr als je zuvor: Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit

kann nicht ersetzt werden; der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist die lebenslange, kontinuierliche Qualifikation des Arbeitnehmers. Gerade in einer sich rasant verändernden Arbeitswelt darf die Qualifikationsphase der beruflichen Ausbildung oder des Studiums abgeschlossen sein. Die Weiterbildung ist deshalb für einen großen Schritt in Richtung lebenslanges Lernen und darf sich nicht auf dem Niveau der bisherigen Weiterbildung belagern, sondern muss von Anspruch und Einsatz geprägt sein. Um dieses Niveau zu gewährleisten, werden die Veranstaltungen je nach Bedarf von Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten angeboten. Den Arbeitnehmern eine qualifizierende Weiterbildung zu ermöglichen, ist unabhängig ihrer Qualifikation den Zugang zu den verschiedenen Wegen zu ermöglichen.

ZUKUNFT: vielfältig kulturell

Kunst und Kultur sind eine unverzichtbare Quelle von Ideen. Sie vermitteln wichtige Impulse für die gesellschaftliche und politische Entwicklung. Kultur und Demokratie sind aufs Engste verbunden, beide brauchen den freien und mündigen Bürger.

Auf dem Territorium Sachsen-Anhalts steht die Vielfalt der Kultur. Entlang der „Himmelswege“ und der „Straßen der Erinnerung“ laden uns kulturgeschichtliche Höhepunkte in reichhaltiger Vielfalt an Orte, die verfügen über historische Stadt- und Ortskerne mit ihren Baudenkmalen, die wichtige Ankerpunkte lokaler Identität sind. Die Stätten des Wirkens unserer Vorfahren geben den Menschen Orientierung und bestimmen unser Umfeld. Die Kultur ist ein unverzichtbarer Beitrag zur touristischen Attraktivität. Den Kulturschutzes und Denkmalpflege müssen daher von ihrer Entwicklung als Hindernis und Kostenverursacher befreit und in ihrer Funktion als Ideenreservoir noch stärker gewürdigt werden.

Der Bewusstsein des reichen kulturellen Erbes unseres Landes fühlen sich die Menschen verpflichtet. Zugleich verfügt Sachsen-Anhalt über ein enormes Potential, die Kunstschaffen über beachtliche Potentiale, die es gezielt zu entwickeln gilt.

Da Hochkultur nicht überall angeboten werden kann, bedarf es der Unterstützung durch die Kommunen. Theater und Orchester gehören für Liberale zur Kulturlandschaft. Es darf keine Konzentration auf die drei Oberzentren geben, wo sich hohe Qualität finden. Zu einer breiten Kulturlandschaft gehören auch kleinen Kultur- und Kulturfördervereine.

Soziokultur ist entsprechend dezentral, zentral und lokal initiiert. Eine Unterstützung sollte durch Beauftragte erfolgen, aber nicht durch direkte finanzielle Zuwendungen, die Abnehmern zugegeben werden.

Mit der Hochschule Burg Giebichenstein wird eine Ausbildungsstätte für bildende Künstler in Sachsen-Anhalt, die eine Profilierung positiv begleitet wird. Bildenden Künstlern wird eine Unterstützung von Marketingaktionen Förderung zuteil. Ebenso werden Stipendien für Kirchenmusik dauerhafte staatliche Zuschüsse, obwohl die Ausbildung junger Musiker.

Die kulturelle Bildung ist aus liberaler Sicht eine wichtige Aufgabe der Kulturpolitik. Mit der Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten sollen Kinder und Jugendliche zu eigenständigem und verantwortungsvollem Handeln befähigt. Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrenden und der darstellenden Künste, Musik- und Bühnenkünstler, klassischen Volkshochschulkurse vermitteln in vielfältiger Weise Kreativität, das die Menschen zum aktiven Teilnehmen an der Lebensgestaltung befähigt. Für Liberale ist dabei die Verankerung der Gerechtigkeit zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen im Wettbewerb der Konkurrenzsituation heraus bestmögliche Ergebnisse zu erzielen.

Die Entdeckung der Kulturpolitik als fruchtbringende Chimäre von Kultur und Geschlecht ist eine Herausforderung. Insbesondere die Wirtschaftsförderung der Selbständigen als Selbständigen gleichbehandelt. Das Kultusministerium vom Bild des von staatlichen Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Für Künstler, Galeristen, Kunst- oder Musikern die Steuerregeln geben, die insbesondere vielfach langfristige und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur Bekämpfung der sozialen Sicherung für Künstler muss die Struktur erhalten bleiben.

Bei aller Anerkennung der Rolle der Verwertungsgemeinschaften müssen Verwertungsgemeinschaften, die eine Verwertung von Gedankengut zulässt, ohne Umgehung der Interessen oder aktiven Künstlern mehr Büroarbeit als künstlerische Tätigkeit angedeutet.

In der Gestaltung des Literaturmarktes stärker junge Literatur aus dem Land Berücksichtigung finden, damit der Schüler besser anzusprechen und neuen Autoren Möglichkeiten geben. Mittels Wettbewerbs-Preisen und kleineren Preisen können junge Autoren bei der Marktabtastung unterstützt werden. Dies ist die Rolle der Verlage bei der Prägung des Buchangebots.

Entsprechend der Aussage des Kulturrates zur Rolle der Branche der Computerspielentwicklung zur Kultur. In der Verwertungsgemeinschaft Kunstschaffen und großem wirtschaftlichen Erfolg. Die „electronic art“ umfangreiche Beschäftigungspotential. übertriebene, unkalkulierbare Indizierung in ihrer Marktebene werden dürfen. Die Ausbildung zum „Games-Designer“ an anhaltischen Hochschulen möglich sein, um den Nachwuchs bereitzustellen.

Leider gehören die Funk- und Fernsehmedien zum Bereich, wenn man von ihrer tatsächlichen Qualität ausgeht. Liberale bekennen sich zum dualen Rundfunk in Deutschland. Um der Kultur einen angemessenen Raum zu geben, bei den gebührenfinanzierten Anstalten die Versorgung der Bevölkerung durch den öffentlichen Rundfunk betonen. Gleichzeitig ist kommerziellen Radio- und Fernsehwege in die Fläche zu ebnen. Die FDP bekennt sich zur Umstellung der Rundfunkgebühren zu einem gerechten System. Die Arbeit der Landesmedienanstalt im mitteldeutschen Raum länderübergreifend zu organisieren.

Die Bücherei, die lokale und nicht kommerzielle Lokalradios – bieten die Grundlage der entsprechenden Gesetzlichkeiten die kreativ, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Beiträge in freier Form gestalten. Sie sind Orte lokaler Kommunikation, geben

Impulse für neue Aktivitäten und fördern die Integration. Daher ist die Arbeit unverzichtbar und bedarf der weiteren Förderung.

Liberaler treten für Pluralismus und Weltanschauungsfragen ein, erwarten von allen Bürgern die Bejahung von Grundgesetz und Landesverfassung sowie gegenseitige Achtung der schmalen Grat zwischen Ausschöpfung eigener persönlicher Freiheit und Beeinträchtigung anderer Anschauungen muss gesamtgesellschaftliche Unterschiede in der Debatte um die Integration von Zuwanderern werden, bleibt eine besondere Gefahr. Toleranz zeigt sich nicht nur gegenüber Minderheiten. Sie darf nur eingefordert werden, wenn sie zugleich die eigene zu setzen. Reformation bis zum Reformationstag, unsere Aufgabe ist es, unsere Reformation begriffen werden, unser Land mit seiner reichen Kultur nach außen zu präsentieren, zugleich nach innen Zeichen für Toleranz zu setzen.

ZUKUNFT: arbeiten

ZUKUNFT: wirtschaften

Die FDP ist die Partei der Freien und Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist dabei die Vertrags- und Koalitionsfreiheit, wie sie das Grundgesetz garantiert.

Motor unserer Volkswirtschaft ist der Mittelstand und mittleren Unternehmen, das Handwerk und die Dienstleistungen. Wir leisten einen wirkungsvollen Wettbewerb, der den Verbraucher optimal gerecht wird. Die FDP in Sachsen-Anhalt rückt den Mittelstand wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken. Wir schaffen die besten Bedingungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Kern liberaler Wirtschaftspolitik ist ein schlanker Staat und mehr unternehmerische Freiheit. Mittlere Unternehmen werden durch die ausufernde Bürokratie belastet. Staatliche Bürokratie ist ein Hindernis für den Erfolg. Bürokratieabbau und Deregulierung mit einer Wettbewerbspolitischen Gesamtansatz sind für uns Liberalen ein zentraler Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik.

Die gewerblichen Unternehmen sind wichtige Wachstumsträger

unseres Landes Arbeitsplätze, gewährleisten Innovationen und Exportkraft und den Leistungsektor. Die industrielle Basis und Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt aber nach wie vor zu gering. Deshalb muss eine professionelle Investitionspolitik unter Nutzung der logistischen Standortvorteile durchgeführt werden. Die zentrale Lage, die inzwischen hervorragend ist, und die industriellen Kerne, die sich insbesondere in der Lebensmittel-, Chemie, dem Maschinenbau und der Automobilzuliefer-Branchen befinden, bieten hierfür gute Voraussetzungen.

Ziel liberaler Wirtschaftspolitik muss es sein, Bedingungen für weitere Unternehmensansiedlungen sowie die Investitionsbereitschaft von bestehenden Unternehmen zu verbessern und die Beschäftigung zu befördern. Investitionen müssen durch Deregulierung, Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens und klare Entscheidungsstrukturen erleichtert werden. Das Land braucht eine neue Unternehmerkultur, deshalb muss die Umgebung für Unternehmensgründungen verbessert werden.

Effektive Instrumente einer den globalen Herausforderungen angepassten Außenwirtschaftspolitik müssen dabei insbesondere für kleine und mittleren Unternehmen zugutekommen

Forschung und Entwicklung sind mitentscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Sachsens-Anhalts. Unternehmen brauchen dazu notwendigen neue Technologien und Produkte, um wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Eine liberale Wirtschaftspolitik ist es deshalb, den Zugang zu Forschungsmitteln zu Innovationen zu fördern. Gleichzeitig die Förderung innovativer Unternehmensgründungen zu verbessern sowie die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft deutlich zu erleichtern. Zukunftsorientierte Technologien, wie die Bio- und Nanotechnologie, bei denen Sachsen-Anhalt ausgezeichnete Wissenschaftsinfrastrukturen verfügt, haben große Teile, die genutzt werden müssen.

Förderung ist ein Instrument, um Wirtschaftspolitik zu gestalten.

Aber die wichtigste Politik ist es, die nicht zu durchschauende

Wirtschaftspolitik zu reduzieren. Wirtschaftsförderung sollte sich auf

Investitionen in Forschung und Entwicklung beschränken. Die Innovationsförderung muss als Zusatzmaßnahme konsequent weitergeführt, aufgestockt und an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst werden. Ein Innovationsfonds muss konsequent auf unternehmerische Innovationen ausgerichtet sein und die Zuschussmöglichkeiten für die Forschung ergänzen.

Die FDP setzt sich für die Stärkung von Forschung und Investitionen im Energiemarkt ein. Einseitige Förderung erneuerbarer Energieformen verteuern den Strompreis und führen zu Abhängigkeiten. Wir treten für einen Energiemix und technologischen Fortschritt ein. Die Entwicklung von neuen Energiespeichertechnologien und der Speicherung der erzeugten Energie durch „virtuelle Kraftwerke“ kommt der Umwelt zu. Auch aufgrund staatlich verursachter Belastungen haben wir inzwischen ein Niveau erreicht, das die Wettbewerbsfähigkeit von produzierenden Unternehmen einschränkt und die Kosten für Haushalte spürbar beeinträchtigt. Wir setzen uns für eine Reduzierung der entstehenden Kosten für den EEG-bedingten Netzausbau ein. Die Schaffung einer breiten kommunikationstechnischen Infrastruktur ist ein bedeutsamer Standortfaktor für ganz Sachsen-Anhalt. Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit sind die Ziele an denen wir uns orientieren müssen.

ZUKUNFT: arbeiten

Arbeit ist eine wichtige Grundlage der individuellen selbstbestimmten Lebensgestaltung. Für den Arbeitsmarkt gelten die Grundsätze:

- möglichst viel Freiheit und Gestaltung für die Menschen in der Gestaltung ihres Berufs- und Arbeitslebens. Dies bedeutet insbesondere: Von überregulierten und komplizierten deutschen Arbeitsverhältnissen ab.
- tarifvertragliche Regelungen zwischen Unternehmen und ihre Beschäftigten, die sie anerkennen, aber nicht für diejenigen, die sie ablehnen.
- Einschränkungen der persönlichen Gestaltungsfreiheit nur dort, wo der Sozialstaat unabweisbar erfordern.

Die FDP sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine zentrale politische Aufgabe. Die Beschäftigung kann das Teilhaben möglichst vieler Menschen am Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben erreicht werden. Um Arbeitsplätze zu schaffen, braucht unser Land mehr Wachstum durch:

- Senkung der Steuern,
- Verbesserung der Schulbildung und der Qualifikation,
- Stärkung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Hochschulen und der Wirtschaft,
- Deregulierung der Märkte.

Die FDP ist der Überzeugung, dass starkes wirtschaftliches Wachstum bei moderaten Lohnabschlüssen auf Dauer das beste Mittel ist, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Die Liberalen sehen Handlungsbedarf, dass auch Geringqualifizierte in soziale Sicherung und Beschäftigung zurückfinden.

Die FDP steht zum Modell des Bürgergeldes. Wir befürworten Modelle der Steuergutschrift für niedrige Einkommen. Die Philosophie des Bürgergeldes folgen, sich aber in der Ausgestaltung unterscheiden.

Die FDP tritt für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsvermittlung durch weitergehende Kommunalisierung ein.

Solange das Bürgergeld noch nicht beschlossen ist, fordert die FDP – als Übergangslösung - den Einsatz von marktpolitischen Instrumenten, die für arbeitslose Menschen die Vermittlungschancen verbessern und die Arbeitsaufnahme erleichtern. Voraussetzung ist allerdings, dass die Arbeitslosenversicherung existiert und auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der privaten Wirtschaft abzielen. Ein solches Instrument ist das Einstiegsgeld in verschiedenen Varianten für verschiedene Problemgruppen.

Wir setzen uns für den ersten Arbeitsmarkt, den zweiten und dritten Arbeitsmarkt als Instrumente der Sozialpolitik und sollen der Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Sie sind nicht

akzeptable Alternative auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt vermindern und die Zahl der regulären Arbeitsplätze in der Wirtschaft oder im Non-Profit-Bereich erhöhen.

ZUKUNFT: Landwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft. Sachsen-Anhalt ist ein exportorientierter Agrarstandort. Die Magdeburger Börde ist als Ackerland ebenso bekannt, wie die Saatzuchtregion um Quedlinburg. Hier werden intensiv bewirtschafteten, hervorragenden Bäumen und Wein ebenfalls großstrukturierte Agrarbetriebe mit einem hohen und bestens ausgebildeten Personal wirtschaften. Einem Beispiel hat auch die Unterstützung der Kulturlandschaft des Terrassenweins in der Instruktion als nördlichstem geschlossenem Weinanbaugebiet Europas.

Ziel liberaler Agrarpolitik muss sein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass landwirtschaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Produktion auf dem freien Markt erwirtschaften. Wir müssen in Zukunft die Veredlungsketten im eigenen Land aufzubauen, um die Wertschöpfungskette zu erhöhen und um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Landwirtschaft gegen seine eigene Nachhaltigkeit und seinen Fortbestand zu kämpfen. Die amerikanische Landwirtschaft, wird es zukünftig in der neuen Agrarpolitik (GAP) keine staatlichen Aufkäufe (Interventionen) oder Preisstützungen (Preisstützungen) als Absatzgarantie mehr geben. Die gesamte Landwirtschaft muss sich stärker an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientieren. Liberale stehen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratieabbau. Erst dann profitieren Verbraucher von mehr Vielfalt und preisgünstigen Lebensmitteln. Dies gilt für die heimische und aus allen Regionen der Welt.

Die Forstwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, die sich im freien Markt bewähren muss. Die Forstpolitik muss es sein, vor allem dem Privatwald eine optimale Bewirtschaftung durch eigenverantwortliche und frei auf dem Markt agierende Forstbetriebe zu gewährleisten.

Die Forstwirtschaft steht vor großen Herausforderungen des Klimawandels und

Sicherungsbedürfnisse für die Menschen kommt der Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu.

ZUKUNFT: Land

Als Flächenland weist Sachsen-Anhalt strukturierte Strukturen auf. Obwohl der Staat nicht in der Lage ist, Lebensverhältnisse herzustellen, muss er sich für die Schaffung guter Bedingungen einsetzen. Insbesondere sollen in allen Teilbereichen öffentliche und private Dienstleistungen in zumutbarer Weise sichergestellt werden.

Städtebauliche Entwicklungskonzepte müssen historischen Herausforderungen Rechnung tragen und die Lebensqualität des Lebens und Arbeitens in Sachsen-Anhalt erhöhen. Insbesondere der Einsatz von Fördermitteln auf die Stärkung wertvoller baulicher und historischer Stadt- und Dorfkernen konzentriert werden, deren kulturelle Anziehungskraft unseres Landes zunehmend erkannt wird.

Auf Grund des demographischen Wandels unvermeidbar sind Schrumpfungsprozesse in den Mittel- und Oberzentren. Es ist eine behutsame Stadtreparatur zu begreifen. So können durch den Umbau kompletter Plattenbau-Quartiere an den Stadträndern neue Punkte entschärft und der Wohnungsmarkt in den Innenstädten belebt werden. Bei entsprechendem Bedarf besteht die Möglichkeit, Plattenbau-Areale zu parzellieren und für den Eigenheimbau zu öffnen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach innerstädtischen Wohnraum zu einer erhöhten Investitionsbereitschaft in den Altbau führen. Nicht zuletzt werden auf diese Weise Arbeits- und Ausbildungsstellen im privaten und mittelständischen Bau- und Handwerksbetriebe geschaffen.

In den Innenstädten sind denkmalgeschützte Gebäude das Stadtbild. Sie machen das Wohnen in den Zentren attraktiver und steigern die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit Stadt und Region.

Zu den Lebensbedingungen gehören sowohl die Mobilität des Einzelnen als auch die Vernetzung der Regionen am wirtschaftlichen und kulturellen Austausch. Für die Schaffung von Rahmenbedingungen gehört neben der

Bereitstellung durch ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz. Durch Straßen und Flugverbindungen auch die Organisation des Fernverkehrs. Durch intelligente, flexible Lösungen sind in der Vergangenheit weitere medizinische und soziale Dienstleistungen zu ermöglichen.

Unerlässlich ist dabei auch die Unterstützung privater Initiativen. Durch Stärkung des ehrenamtlichen Engagements können Gestaltungsspielräume gewonnen werden, mit denen im privaten Bereich hochwertiger Lebensverhältnisse ein Ausgleich geschaffen werden kann.

ZUKUNFT: finanziell verantwortungsvoller Staat

Der Liberalismus setzt sich für ein möglichst gutes öffentliches Leben unserer Bürger ein. Ein liberaler Staat beschränkt sich auf die Aufgaben, die erforderlich sind, um die staatliche Ordnung des Einzelnen sicherzustellen und dem Einzelnen möglichst viele Lebenschancen zu sichern. Dabei muss jede Generation die Grundlagen für die staatlichen Leistungen selber erwirtschaften. Darf sich keine Generation Leistungen zu Lasten kommen lassen. Die Staatsverschuldung nimmt den Liberalen Gestaltungsmöglichkeiten und damit Entwicklungsmöglichkeiten. Liberale für ein Neuverschuldungsverbot ein, um den Staat auf seine Kernaufgaben beschränken.

Für alle staatlichen Aufgaben ist die beste Umsetzung zu wählen, wobei darauf zu achten ist, dass der Staat nicht in den Umfang Verwaltungstätigkeiten aufdringt, die in der Privatwirtschaft zu finden. Auch die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch den Staat kann sich ändern, aber immer dann sinnvoll, wenn die Aufgaben in der Privatwirtschaft in gleichwertiger Qualität und zu gleichen Kosten erfüllt werden können.

Im liberalen Verständnis gehören auch jene Ausgabenanteile, die das Land als Wirtschaft betreibt, also auch Ausgaben für Forschung und Wissenschaft, Bauten, Anlagen und Verkehrsinfrastruktur.

ZUKUNFT

Z

Liberaler Grundsatz der Linie von der Eigenverantwortung der Menschen aus, der dem Staatlichen Schutz einen weiten Rahmen zu. Dieser Grundsatz ist die Voraussetzung, dass die Menschen grundlegendes Interesse daran haben, die Lebensbedingungen, die sie prägen und die sie prägt, auch künftigen Generationen zu überliefern. Eine solche Politik steigert auch die Akzeptanz bei den Maßnahmen betroffenen Menschen, werden sie doch nicht als Gegenstand der Regulierung betrachtet, sondern als ernstzunehmender Partner.

Umweltpolitik hat sich am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. So werden die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte in der Politik berücksichtigt und gegeneinander abgewogen. Ziel ist es, die Lebensgrundlagen im Interesse der heutigen und künftigen Generationen dauerhaft zu schützen. Die liberale Umweltpolitik muss als Teil der Ökologischen Marktwirtschaft verstanden werden, die zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie verbindet Ökonomie und Ökologie, indem sie Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und nicht, wie bisher, ausschließlich mit Ver- und Geboten durchführt. Ressourcenschonung sind vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen Aufgaben einer generationengerechten liberalen Umweltpolitik. Besonders in diesen wichtigen Feldern, die effizienteste Energienutzung als auch der CO₂-Verringerung, bedarf es unbedingt der Innovationskraft des Marktes.

Die vielfache Ausgrenzung des Menschen aus der Natur- und Kulturlandschaft begreife die FDP als Bevormundung. Hier muss mit neuer Umweltpolitik der Mensch wieder die Entscheidungsfreiheit zu bekommen, ohne dass dadurch die Schönheit und Vielfalt unserer Landschaften verloren geht.

Die FDP bekämpft das Verbot des bezahlbaren Vertragsnaturschutzes. Der zu vereinbarenden Vertrag des Vertragsnaturschutzes ist ein geeignetes Instrument zur Kooperation mit der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis zum Schutz von Landschafts- und Trinkwasserschutz umzusetzen.

Konkrete Maßnahmen, Planbarkeit für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Umweltschutzfachlichen Maßnahmen bestimmen dabei das

Handeln, die Natur und die landwirtschaftlichen Betriebe gleichermaßen zu berücksichtigen.

Boden ist ein knapper und komplexer Naturkörper, um den unterschiedliche Nutzungsansprüche bestehen. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die natürlichen Funktionen berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch wiederhergestellt werden können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von Bauland.

Sauberes Wasser ist neben sauberer Luft die Grundlage allen Lebens auf unserer Erde. Um diese kostbare Ressource zu schützen, ist die Qualität des Grundwassers und der Gütezustand der Gewässer im Rahmen europäischer Vorgaben weiter zu verbessern. Dies ist vor allem auf die Kooperation mit der Landwirtschaft. Darüber hinaus ist die Beteiligung der Bürger bei der Abwasserbehandlung modernste Technologie. Gute Organisationsstrukturen gefordert. Dies kann von privaten Unternehmen oft genauso gut oder besser gewährleistet werden als vom Staat.

Wie die Hochwasser in den vergangenen Jahren wieder gezeigt haben, ist der Hochwasserschutz im Binnenland eine wichtige Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen entlang der Flüsse ein umfassendes und nachhaltiges Hochwassermanagement erhalten.

Die Grüne Gentechnik bietet viele Chancen, die wir nutzen sollten, ohne dass dabei die Risiken außer Acht gelassen werden. Grüne Gentechnik werden wir an der züchterischen Arbeit unserer Kulturpflanzen nicht mitwirken können. Resistenz gegen Krankheiten, Verbesserungen der Inhaltsstoffe von Kulturpflanzen, Energiepflanzen für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, kostengünstige Arzneimittelproduktion, Verbesserungen der Zellulosefasern sind einige der Perspektiven. Grüne Gentechnik ist eine wichtige Methode, die einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten kann. Eine ausreichende und ehrliche Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte oder Zutaten ist die Wahlfreiheit der Verbraucher.

Die Grüne Gentechnik ist ein zentraler Bestandteil der Lebensmittelproduktion, Saatgutwirtschaft und

Nahrungsmittel darf nicht in den Händen weniger marktbeherrschender Unternehmen oder Kartelle sein.

Die FDP nimmt bei der Politik gegenüber Landwirten und Verbrauchern ernst, wird die Forschung und Entwicklung beobachten und prüfen und ihre eigene Position danach ausrichten.

Umweltbildung ist die Grundlage der Politik, um für den Schutz der Umwelt und Natur eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Nur wer über die Schönheit und Vielfalt unserer Umwelt auf Grundlagen informiert ist und sie versteht, ist auch bereit, sich dafür zu verhalten und sich aktiv für den Schutz der Umwelt einzusetzen.

ZUKUNFT: sicher und frei leben

Die Liberalen bekennen sich zur Freiheit der Bürger, ihr Leben zu gestalten. Dabei beschränken sich die Aufgaben der Politik auf, die Freiheitsrechte der Bürger zu sichern. Das Recht der Bürger ergibt sich aus ihren Freiheitsrechten. Folgerichtig tritt in der Abwehr von Eingriffen in die Freiheit immer hinter die Freiheit zurück. Die Verteidigung der Freiheit gegen immer neue Eingriffe zum angeblichen Schutz der Bürger ist ein ständiges Anliegen. Mangelnder Mut zu Freiheit und Verantwortung führt zu Vereinnahmung und Bevormundung. Jeder Eingriff in die Freiheit muss erforderlich, geeignet und angemessen sein. Jede staatliche Maßnahme ist angemessen und nicht über das Ziel hinausgeschossen. Jeder Eingriff muss später einer Evaluierung standhalten.

Für uns Liberale ist klar, der Staat hat die Aufgabe zu schützen und der Staat muss die Freiheiten seiner Bürger zu sichern. In den vergangenen Jahren sind viele Versuche unternommen worden, die Freiheiten der Bürger und ihre Rechte einzuschränken. Zum Beispiel wird behauptet, dies sei für die Sicherheit der Bürger und oder des Staates notwendig. Die Freiheitsrechte der Bürger müssen den Interessen des Staates zurücktreten. Dem stellen wir klar, für uns gilt: „Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit, aber Sicherheit ohne Freiheit“. Jede gesetzliche Regelung und Maßnahme muss einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen und die Freiheitsrechte muss verhältnismäßig sein.

Für Sachsen-Anhalt sind die bestehenden sicherheitsrechtlichen Regelungen hinsichtlich der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Neben den gesetzlichen Grundlagen sind auch eine ausreichende personelle Stärke und materielle Sachausstattung der Sicherheitsbehörden zu gewährleisten. Für Legitimität und Umfang staatlichen Handelns sind die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz von Leib, Leben und Eigentum sowie der Freiheitsrechte der Bürger. Art und Umfang dieser Vorkehrungen sind ab aus den zu erwartenden wahrscheinlichsten Bedrohungen zu leiten.

Auch Sachsen-Anhalt wird künftig verstärkt mit dem durch den Wandel bedingten Naturereignissen und deren Auswirkungen umgehen müssen. Diese sind gezielt herbeigeführte Beeinträchtigungen des Gemeinwohls, die Infrastruktur durch weltanschaulich motivierte Gruppierungen.

Deshalb bedarf es neben soliden gesetzlichen Grundlagen auch ausreichenden personellen und materiellen Ausstattung der Daseinsvorsorge und Landesverteidigung betrauten Sicherheitsbehörden und Zivil- und Katastrophenschutz des Landes Sachsen-Anhalt. Insbesondere die Bundeswehr trägt zum gesamten staatlichen Ansatz mit ihren Fähigkeiten bei. Die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Bürger und Bürgerinnen sowie wichtiger Infrastruktur im Inland bei. Daher ist die enge Zusammenarbeit eine wichtige Voraussetzung für den Einsatz von Truppenteilen und Dienststellen zur Unterstützung ziviler Behörden im Rahmen der Bewältigung von Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen nach dem Prinzip.

Die Privatsphäre der Menschen ist in Zukunft unabdingbar für die Freiheit. Diese Privatsphäre ist in der Informationsgesellschaft mit rasanter technischer Entwicklung durch den Staat garantiert werden.

Eine gut funktionierende Justiz stellt einen positiven Standortfaktor dar und eine gute personelle sowie sächliche Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften stehen hierbei im Vordergrund.

aktiv

Der Sport nimmt in unserer Gesellschaft einen zunehmend wichtigeren Platz ein. Neben der Förderung des Gemeinschaftsgeistes und der Leistungsbereitschaft kommt dem Sport eine Rolle bei der Prävention von Krankheiten, sowie gesellschaftspolitische Aufgaben, wie die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Gesellschaft unterstützt Sport aus folgenden Überlegungen heraus:

- den Kinder- und Jugendsport zur Förderung einer gesunden Lebenshaltung
- den Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe
- den Leistungssport zur Talentförderung und Selektion.

Natürlich liegt Sport zunächst im Interesse junger Menschen und vielfach auch nicht aufgrund gesundheitlicher Überlegungen, sondern aus Unterhaltungs- und Freizeitwertes betrieben.

Wesentliches Element der staatlichen Förderung ist der Bau preiswerter Sportstätten. Land und Kommunen sorgen in ihrer Pflichtaufgabe Sport für eine Infrastruktur, die der Demokratie und regionalen Erfordernissen entspricht. Schulstandorte müssen eine Mindestausstattung von Freianlagen und Sporthallen für verschiedene Sportarten, die als Leistungssport besonders gefördert werden, mindestens je eine Anlage zur Austragung von überregionalen Wettbewerben zuhalten.

Neben dem Angebot an Sportanlagen ist es im öffentlichen Interesse, ein enges Netz an Trainern und Übungsleitern zu schaffen, die speziellen Sportangeboten sicherzustellen. Die öffentliche Verwaltung sollte die Bevölkerung anzusprechen. Vereins- und Breitensport sowie Leistungssport müssen sich sinnvoll ergänzen.

Die Förderschwerpunkte des Landes und Landessportverbänden einvernehmlich festzulegen. Bei der Verteilung der Finanzmittel wird der Landessportbehörde eine zentrale Rolle zukommen. Die Liberalen ausdrücklich auch zur Förderung des Sports und damit zu den Olympiastützpunkten und dem Deutschen Olympischen Sportbund. Die Einrichtung zu Förderung junger Leistungssportler.

Die Förderung der Gemeinnützigkeit ist zu reformieren. Beiträge und

Zuwendungen sind vom Einkommen/Betriebsergebnis voll abzugsfähig. Die Kommunen sind den normalen Steuergesetzen. Da Steuerzahlungen nicht entstehen, kann von einer Unschädlichkeit für die Kommunen seine ausgegangen werden. Vergütungen an Helfern und Ortsvorstände sind einer Pauschalversteuerung ohne Grundsteuer zu unterwerfen.

ZUKUNFT: freie Kommunen

Nach der Überschrift werden folgende Punkte genannt: Die Kreise, Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt sind für Demokratie, Vorsorge und Solidarität vor Ort. Neben Recht und Ordnung sind die zwischenmenschlichen Beziehungen des Anliegens. Diese ältesten Form staatlichen Handelns bedingen. Die Kraft der Kommunen zu erhalten, bedarf es einer Phase der Gebietsveränderungen dürfen nur dann vollzogen werden, wenn den Bürgern der beteiligten Gemeinden gewünscht sind. Staatliche Neustrukturierungen schwächen das ehrenamtliche Engagement.

Um zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsmöglichkeiten, müssen aber gerade die Kommunen ihre finanziellen Grundlagen zurückgewinnen. Das setzt gesunde Finanzen voraus, die nicht auf nachfolgenden Generationen aufbürden, die die Kostenberge abzutragen. Bund und Land sind gefordert, Rahmenbedingungen für die Kommunen zu schaffen. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzierungssystems. Die Kommunen brauchen eine solide Finanzgrundlage.

Ziel ist nicht ein bloßes Maß an Geld, sondern eine den zu erfüllenden Aufgaben entsprechende Ausstattung auf verschiedenen Ebenen unseres Staates, wie sie mit dem Grundgesetz in Sachsen-Anhalt vorgeschrieben sind: Wer eine Kommune auch zu bezahlen. Gesetze, die Kommunen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorsehen, sind unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund – Ländern. Anfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

Auf kommunaler Ebene ein Bewusstsein für konsequente

Schuldenrückgang und Sanftanabbau in Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die kommunale Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Umfang und die Qualität der notwendigen öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Kommunen müssen sich darüber klar werden, welche Aufgaben sie in welcher Qualität wahrnehmen wollen und können. Um zu verhindern, dass die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben im eigenen Wirkungsbereich leidet, sollte eine Entstaatlichung der Gemeinden in Betracht gezogen werden. Der Aufwand im übertragenen Wirkungskreis häufiger Aufgaben des Landes betragen, so dass den originären Funktionen der Kommunen wird. Außerdem unterminiert die Unzuständigkeit des gewählten Rates der Großteil der vor Ort erledigten Aufgaben das Demokratieversprechen. Die Kommunalaufsicht muss wieder der Bedeutung der Kommunen entsprechend handeln. Allzu oft mündete mangelnde Fachaufsicht in einer Überbetonung der kommunalen Eigenständigkeit in Mangel an staatlichen Aufgaben. Hier bedarf es eines Haftungstatbestandes.

ZUKUNFT: ehrenamtlich aktiv – gesellschaftlich gefördert

Eine freie und selbst bestimmbare Bürgergesellschaft ist die Grundlage für Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürger. Die Aufgabe, sich selbst zu tragen und ohne übertriebene staatliche Unterstützung zu existieren und Defizite bei der Wahrnehmung von Aufgaben durch staatliche Stellen zu kompensieren.

Das Ehrenamt ist vielfältig. Alle Aufgaben sind freiwillig und unentgeltlich wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt ist unverzichtbar und von hohem Wert für Einzelne, Gruppen und die Gesellschaft. Das Ehrenamt rekrutiert sich aus dem Bewusstsein, dass viele bereit sind, sich mit ihrer freiwilligen Leistung zu engagieren und einzubringen. Gerade die Förderung und der Erhalt der Ehrenamtskultur sind für die Verankerung der Demokratie in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Das Ziel ist die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten sowie die Werbung für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamtes. Dies erhöht die Anreize zur ehrenamtlichen Tätigkeit.

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist es nötig:

- Ehrenamtliche zu mehr Versicherungsschutz zu bieten. Eine Anlehnung an die Sozialversicherung ist anzustreben. Dadurch könnte eine Haftung nicht mehr aus der Fahrlässigkeit geltend gemacht werden.
- Verwaltungsvorschriften, Verfahrensweise und Antragsunterlagen weitestgehend zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.
- Ehrenamtlich Tätige fachspezifisch und übergreifend fortzubilden.
- Kommunalstrukturen vorzuhalten, die ehrenamtliche Tätigkeit des Ehrenamtes auch ermöglichen. Dies ist in kleineren Kommunen nicht denkbar.
- Unbare Leistungen als Eigenleistungen des Bürgers anzuerkennen.
- Eine Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in rechtlicher, wie in finanzieller Hinsicht einzuführen.

ZUKUNFT: familiär und chancengerecht

Der Liberalismus setzt sich für die größtmögliche Freiheit der Menschen in jeder gegebenen Situation ein. Die Erhaltung und Förderung der Individualität persönlichen Daseins und der Pluralität menschlichen Lebens ist eines der Kernziele liberaler Politik. Wobei alle Menschen gleichwertige Chancen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten erhalten sollen.

Die gegenwärtige Bilanz des Sozialstaats ist unserem Ideal, negativ aus. Er ist ein konservativer Wohlfahrtsstaat, der die Erhaltung eines einmal erreichten Lebensstandards vorrangig anstrebt. Er kann keine Sicherheit mehr vermitteln, da seine Systemstrukturen demographischen Wandels nicht mehr zukunftsfest sind. Steigende Kosten, steigende Rentenbeiträge bei in Zukunft niedrigeren Beiträgen, hohe Sockelarbeitslosigkeit sind bereits heute spürbar. Der Sozialstaat hat die Menschen vielfach fürsorglich von der Verantwortung bedürftige zu Almosenempfängern degradiert und Möglichkeiten, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung der Situation zu bemühen, vorenthalten hat.

Viele Menschen werden ihre individuelle Lebensgestaltung vorenthalten, da sie von Sozialleistungen, oder Renten-, Gesundheits- oder Sozialhilfeträgern in oft

guter Absicht. Eine kaum überschaubare Vielzahl von Maßnahmen, die Entscheidungen an eine anonyme Sozialbürokratie fördert zudem ein Gefühl aus, dass gegenüber dem Staat in allen Lebenslagen. Gleichzeitig sorgt die Vielzahl von Kostenträgern für einen Mangel, in dem sich die Bürger in zunehmendem Maße vernachlässigen und Chancengerechtigkeit als Grundzüge einer liberalen Gesellschaft, gefährdet nicht durch einen repressiven Staat, sondern durch einen vermeintlich fürsorglichen Staates. Er untergräbt kontinuierlich die Verantwortung, aber auch die Mitmenschlichkeit, weil die Erfahrung Verantwortung zu tragen, immer seltener wird. Er gefährdet bürgerschaftliche Solidarität, weil sich der Helfende als überflüssig und anachronistisch fühlt. Individuelle Solidaritätsgesten vom System nur zu oft als störend empfunden. Der real existierende Sozialstaat ist nicht Garant der Freiheit, sondern der Freiheit. Dies gilt in nahezu allen Bereichen der Sozialpolitik.

Staat und Gesellschaft sind wir alle und Staat und Gesellschaft sind wir alle. Deshalb setzen Liberale auf den mündigen Bürger und auf das Handeln nur dort als erforderlich, wo eigene Leistung erforderlich ist. bürgerschaftliches und zwischenmenschliches Engagement. In unserer Gesellschaft spielt die Familie nach wie vor eine Rolle, wobei jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft als Familie betrachtet wird, generationsübergreifend, Verantwortung übernommen wird. Die Zahl der Menschen in unserem Land, die Verantwortung für die nächste Generation übernehmen, nimmt ab. Die steigenden Geburtenzahlen sind zunehmend zur Gefahr für unser Sozialversicherungssystem geworden, die auf eine generations-übergreifende Verantwortung setzen.

Aber: Kein Mensch kann für den Staat. Die Entscheidung für oder gegen Kinder fällt nach individuellen Mustern, die aber ganz offensichtlich unterliegen: Der Selbsteinschätzung über die eigenen Zukunft und der Annahme über die Auswirkung von Kindern auf die Lebensgestaltung. In Sachsen-Anhalt wollen und müssen Männer berufstätig sein. Daher spielt die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung junger Menschen

für oder gegen ein Kind ist die Entscheidung für das erste Kind nicht geprägt sein. Die Überlegungen, welche Bereicherung Kinder für das Leben ihrer Eltern darstellen, ist die Entscheidung für oder gegen ein Kind eben ganz wesentlich von eheinternen Überlegungen beeinflusst. Das bedeutet, dass die Öffentliche Hand auch keine Bedingungen sicherstellen muss, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

Um zu vermeiden, dass staatliche Unterstützung schwächt und junge Menschen an die staatliche Abhängigkeit gewöhnen, muss der Staat vor allem optimale Rahmenbedingungen für eine hochwertige frühkindliche Bildung und eine gute schulische Ausbildung schaffen. Darüber hinausgehende staatliche Maßnahmen dürfen nicht geschaffen werden, in denen junge Menschen tatsächlich nicht ohne flankierende Unterstützung auskommen.

ZUKUNFT: gesund bleiben & selbstbestimmt leben

Für Liberale ist es wichtig, dass alle Menschen an der eigenen Gesundheit arbeiten können und Eigenverantwortung übernehmen. Das können sie nur, wenn sie gesundheitlich dazu in der Lage sind. Die größte Herausforderung ist die gesundheitliche Versorgung in unserem Land in der Zukunft zu sichern, bei der die demografische Entwicklung, wobei die FDP bereits ein Konzept vorgestellt hat.

Unser Ziel ist eine Versorgung ohne Wartelisten, ein schneller und unbürokratischer Zugang zum Arzt und eine gute Unterstützung der Maßnahmen, die

- die Beschäftigung und Ausbildung von Pflegekräften und Ärzten fördern,
- die Einrichtung von regionalen Versorgungszentren weiter voranbringen,
- die es ermöglichen, die Pflege von Demenzerkrankten systematisch einzusetzen und
- die den Angehörigen von Menschen mit Demenzerkrankungen die Betreuung zu erleichtern.

„Ambulante Versorgung“ und „persönliches Budget“ sind zwei Schlagworte der Sozialpolitik, die ein gemeinsames Ziel sein, allen Menschen individuell abgestimmte Leistungen zu bieten, die eine möglichst umfassende Teilhabe am Leben ermöglichen. Sowohl im Bereich des Nachteilsausgleichs

aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderungen als auch im Bereich der Arbeitswelt, dass den Bürgern unseres Landes ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Für alle Menschen ist der Tod ein unausweichlicher Lebensabschnitt. Liberalen setzen sich dafür ein, es allen mündigen Bürgern zu ermöglichen, das eigene Leben in Würde selbst zu bestimmen.

Die demografische Entwicklung ist anders als bisher, alle Fähigkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft zu fördern. Defizite müssen möglichst früh festgestellt werden. Unsere Kinderärzte die Möglichkeit haben, Beeinträchtigungen des Kindes festzustellen und Maßnahmen zu empfehlen. Bei Vorsorgeuntersuchungen möglichst 100 Prozent der Eltern über eine stärkere Aufklärung der Eltern oder aktive Terminvereinbarungen und entsprechende Empfehlungen der Kassen zu erreichen. Maßnahmen dürfen nur in den Fällen erfolgen, in denen Vernachlässigung oder Missbrauch vorliegen. Wenn sich dies nicht ergibt, sind alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen einzuführen. Ein Generalverdacht zu stellen, ist nicht akzeptabel.

ZUKUNFT: aktiv älter werden

Den Kern liberaler Seniorenpolitik bildet die Selbstbestimmung und Selbstbestimmung auch im Alter. Diese Forderung ist mehr Selbstwertgefühl, zur Bewahrung von Selbstbewusstsein, das sich mit Verantwortungsbewusstsein verbindet. Selbstbestimmung im Alter setzt Mitbestimmung und Wirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik.

Die Integration von Senioren in alle liberalen Programme hat eine wichtige Funktion für den älteren Wähler. So ist der Bereich Wirtschaft und Arbeit mit dem Thema Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer, Arbeitspolitik und Mobilität umfasst zwingend auch die Mobilität, die deren Lebensqualität maßgeblich bestimmt. Eine gute Ausstattung der Kommunen ist Voraussetzung für Investitionen auf das Leben und Wohnen im Alter, die auch den Senioren zu Gute kommen wird.

Wir wollen betonen, dass ohne die aktive Mitwirkung der älteren Generation bestimmte Aufgaben nicht bewältigt werden können. Die verantwortliche Generation an den gesellschaftlichen Entwicklungen steht im Mittelpunkt. Sie setzt aber eine substantielle politische Teilnahme voraus, die Initiative maßgeblich von den Älteren selbst ausgehen. Die Rolle der Älteren unserer Gesellschaft noch immer mit Vorbehalten betrachtet, die der wachsenden Gruppe der Älteren und Alten dient. Die Erkenntnis, dass Altern kein Endpunkt, vielmehr altern ein lebenslanger Prozess ist, führt zu einer zunehmenden Unterscheidung zwischen den so genannten Älteren und den Hochbetagten. Neben steigender Lebenserwartung und der Geburtenzahl stehen dabei die längere Leistungsfähigkeit auf der einen Seite, die spezifischen Kompetenzen, die man durch langjährige Erfahrung erwirbt, auf der anderen Seite im Vordergrund.

*Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten.
Menschen und für unser Zukunftsland Sachsen-Anhalt!*